aktuell 153

Mitgliedermagazin des Bundesverbandes Deutscher Volks- und Betriebswirte

S. 4
Im Gespräch mit Roland Koch

S. 11
Roland Angst ist Präsident der ULA

S. 13
Jubiläumskongress 120 Jahre bdvb

Herzlichen Glückwunsch!

Der bdvb feiert Geburtstag

Entgelt bezahlt bei Postamt 1 / 40210 Düsseldorf / Vertriebskennzeichen G 13804 / ISSN Nr. 1611-678X

Wirtschaft ohne Wachstum?

Zeit, über Wirtschaft nachzudenken.

Der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte fördert den Dialog, das Nachdenken und die Entwicklung der Gesellschaft mit ökonomischem Sachverstand. Diese Zeit ist gut investiert. Seit 120 Jahren.

www.bdvb.de/mitmachen

bdvb
Das Netzwerk für Ökonomen

120 bdvb ZEIT FÜR DIE KREATIVE UMSETZUNG VON DAMM & BIERBAUM AGENTUR FÜR MARKETING UND KOMMUNIKATION.

Liebe Mitglieder und Freunde des bdvb,

die 3. Welle der Corona-Pandemie klingt ab und die Wirtschaft nimmt wieder Fahrt auf. Die Menschen zieht es wieder in die Restaurants, Biergärten, Theater und Sportstätten. Einige Fragen werden allerdings bleiben: Wie gehen wir zukünftig mit solchen Krisen um? Was haben wir gelernt?

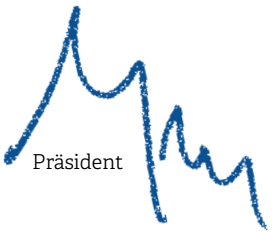
Die Stimme der Ökonomen wird gebraucht, zum Beispiel wenn es um die Frage geht, wie staatliche Maßnahmen und marktwirtschaftliche Mechanismen in Krisenzeiten am besten zusammenwirken. Umso mehr freue ich mich über den Dialog mit Menschen wie Roland Koch, dem neuen Vorsitzenden der Ludwig-Ehrhard-Stiftung und früheren hessischen Ministerpräsidenten, über solche Themen. Einen Auszug aus unserem Gespräch lesen Sie in diesem Heft ab Seite 4.

Als Nächstes steht unser Jubiläum auf dem Programm: Der bdvb wird 120 Jahre jung! Die Vorbereitungen zur Geburtstagsfeier in Frankfurt am Main laufen bereits in vollem Gange. Der Jubiläumskongress zum Thema „Bessere Bildung – bessere Wirtschaft" wird am Vortag der diesjährigen Bundesmitgliederversammlung stattfinden. In verschiedenen Panels werden Spitzenvertreter aus Wirtschaft und Politik über bessere Bildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen diskutieren. Denn wir als Ökonomen übernehmen Verantwortung für die kommenden Generationen.

Ich glaube, dieser Kongress wird in Erinnerung bleiben. Seien Sie unbedingt am 26. und 27. November mit dabei. Nähere Informationen finden Sie auf den Seiten 12 und 13, eine Möglichkeit zur Anmeldung folgt in Kürze.

Übrigens: Wenn Sie einen Blick nach links werfen, stoßen Sie auf unsere neue Anzeigenkampagne. Der bdvb präsentiert sich als Bühne und Forum für das Nachdenken über die Wirtschaft. Denn dafür nehmen wir uns Zeit, so die Aussage – und diese Zeit ist gut investiert. Die ersten Anzeigen dieser Art haben Sie vielleicht schon in der WirtschaftsWoche und im Handelsblatt entdeckt. Weitere Motive werden folgen – lassen Sie sich überraschen!

Ich wünsche Ihnen eine gute Sommerzeit.
Ihr
Willi Rugen



Präsident

INHALT

Nr. 153

Editorial 3

Im Gespräch
mit Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch 4

Perspektiven
Ökonomische Bildung im Aufwärtstrend 8

Global Money Week: Mehr als 8.000 Teilnehmer erreicht 9

ULA wählt neuen Vorstand 11

Verbandsleben
Regionalverbände und Hochschulgruppen 10

Jubiläumskongress 120 Jahre bdvb 12

Ankündigung der Bundesmitgliederversammlung 14

Das letzte Wort 14

Impressum

bdvb aktuell
Ausgabe 153
Juli bis September 2021
ISSN 1611-678X

Herausgeber
Bundesverband Deutscher
Volks- und Betriebswirte e.V.
Florastraße 29, D-40217 Düsseldorf
Tel. +49 211 371022, Fax +49 211 379468
www.bdvb.de, info@bdvb.de

Redaktionelle Mitarbeit in dieser Ausgabe
Dr. Matthias Meyer-Schwarzenberger (V.i.S.d.P.),
Birgit Schoerke, Florian Ries

Anzeigen, Layout, Herstellung, Druck
Köllen Druck + Verlag GmbH
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14
53117 Bonn-Buschdorf
Tel. +49 228 989820, Fax +49 228 9898255
verlag@koellen.de
Der Bezugspreis von 5,50 Euro ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur in Absprache mit dem Herausgeber gestattet.

Für den Inhalt der Artikel sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Bildnachweise
Titel: © shutterstock.de / G-Stock Studio
Inhalt: Soweit nicht anders gekennzeichnet,
alle Bilder/Grafiken © shutterstock.de

Aus Gründen der Lesbarkeit wurde in den Texten die männliche Form gewählt. Die Angaben beziehen sich auf Angehörige aller Geschlechter gleichermaßen.

„Nichts kann Güterknapphe beheb

Der bdvb steht für eine ökonomisch orientierte, verantwortungsbewusste Gesellschaft. Für nachhaltige Entwicklung und qualitatives Wachstum, für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Die Ludwig-Erhard-Stiftung setzt sich für freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft ein und fördert die Soziale Marktwirtschaft. Das passt! Umso erfreulicher, dass wir unser Präsidentengespräch diesmal mit Prof. Dr. h.c. mult. Roland Koch führen konnten. Der ehemalige Ministerpräsident Hessens ist seit 2020 Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung.

bdvb aktuell: Herr Professor Koch, Sie haben im vergangenen November den Vorsitz der Ludwig-Erhard-Stiftung übernommen. Was treibt Sie an?

Roland Koch: Für mich verkörpert Ludwig Erhard bis heute wie kein anderer die Entschlossenheit, den Mut und die Prinzipientreue, politische Realität zu gestalten. Mit der Fähigkeit zum Kompromiss, ohne das eigene Profil zu verlieren. Ich glaube, dass diese Fähigkeit extrem wichtig ist, wenn man eine freiheitliche Wirtschaftsordnung erhalten will – was ein Ziel unserer Stiftung ist. Ich beschäftige mich schon mein ganzes Leben mit der Schnittstelle zwischen politischer Gestaltung und wirtschaftlichem Handeln. Im Rahmen meiner Lehrtätigkeit an der Frankfurt School of Finance & Management habe ich mich insbesondere damit befasst, wie man staatliche Regulierung mit den Maßstäben, die wir anlegen müssen, wenn der Staat in die Ökonomie eingreift, verständlich macht und beurteilt. Ich hoffe, dass ich deshalb dazu beitragen kann, einerseits die Chancen der marktwirtschaftlichen Ordnung zu beschreiben. Andererseits geht es darum, Verstöße gegen die marktwirtschaftliche Ordnung zu erkennen und zu benennen.

Herr Rugen, Staat und Wirtschaft. Das sind Stichworte, die in Corona-Zeiten besonders aktuell sind, oder?

Willi Rugen: Ja, durchaus. Wir treffen in einer besonderen Zeit aufeinander. In einer Zeit, in der Ludwig-Erhard-Stiftung und bdvb gleichermaßen gefordert sind, sich einzubringen. Der Staat musste in der Corona-Krise stark ins Marktgeschehen eingreifen. Das war legitim. Und für viele Unternehmen, die unverschuldet in Not geraten sind, war das gut. Doch wenn die Krise hinter uns liegt, werden wir uns mit den ökonomischen Konsequenzen auseinandersetzen und die Krisenmaßnahmen von Regierung und Verwaltung kritisch reflektieren müssen. Vielleicht müssen wir uns sogar die Frage stellen, ob wir eine Staats- und Verwaltungsreform brauchen, um krisenfester zu werden.

Roland Koch: Mit dem Wort „Staatsreform" bin ich vorsichtig. Es weckt zu viele Erwartungen.

it besser
en als die Marktwirtschaft.“

Bevor wir den Staat im Allgemeinen reformieren, sollten wir uns mit den spezifischen Problemen beschäftigen. Kaum jemand hatte das Risiko einer Pandemie auf dem Radar – trotz mancher Warnung. Das darf uns nicht mehr passieren. Zwar haben wir die Wirtschaft einigermaßen am Laufen gehalten. Aber wir mussten feststellen, dass wir krisenresistente Wertschöpfungsketten und Informationssysteme brauchen, ebenso wie mehr Forschung und Entwicklung. Für mich bleibt zudem die größte Katastrophe, dass wir im Bildungswesen versagt haben. Im Gegensatz zur gängigen Schelte auf den Föderalismus bin ich in Sachen Politik übrigens der Ansicht, dass wir gegen Ende der Krise eher zu viel Zentralismus erlebt haben als zu wenig. Nur weil zwei Bundesländer unterschiedlichen Ansätzen folgen, muss eines davon nicht im Unrecht sein. Im Grunde handelt es sich um einen Wettbewerb der besten Lösungen. Und auch ein Datenschutz, der in Krisenzeiten staatliche Organe künstlich „dumm“ hält, ist für mich nicht akzeptabel.

Willi Rugen: Dem kann ich nur zustimmen. Ich denke, es kommt darauf an, aus Fehlern zu lernen. Gerade in puncto Digitalisierung und Datenschutz müssen wir umdenken. Nicht selten gibt es ja bereits Lösungen aus irgendeinem Bereich der Wirtschaft, die man adaptieren kann. Für die Gesundheitsämter, die teils noch mittels Fax Daten übermitteln, gab es zum Beispiel den Vorschlag, man sollte es machen wie die Tankstellen: Es gibt rund 10.000 Tankstellen in Deutschland, die mehrmals täglich die Preise anpassen und dies an eine Markttransparenzstelle melden müssen. Das geht binnen weniger Minuten. Warum können die Gesundheitsämter nicht das gleiche System nutzen, um Infektionszahlen zu melden? Für vieles gibt es vermutlich eine schnellere und effektive Abhilfe, wenn man bereit ist, zu improvisieren und die Lösungen anzupassen.

Roland Koch: Das ist unbestreitbar so. In einer Krisensituation erwarten die Bürger entschlossenes Handeln. Aber die Schwierigkeit für die Politik besteht darin, ein angemessenes Verhältnis zwischen privatwirtschaftlichem Know-hows und staatlich neutralen Garantieverpflichtungen zu finden. Das sehen wir an vielen Stellen. Der Staat kauft Masken – und am Ende kommt der Rechnungshof. Der Staat ist letzten Endes auch ein ungeeigneter zentraler Beauftragter für Tests. Wie soll er wissen, was der faire Preis ist? Und das ruft dann Glücksritter auf den Plan, die sich bereichern, und macht andere zu Verlierern, weil sie die gewünschte Leistung nicht profitabel er-

bringen können. Und damit das klar ist: Das liegt nicht an der Dummheit von Beamten oder der Bösartigkeit von Politikern, das liegt am Denkansatz. Nichts kann eine Güterknappheit besser beheben als die Marktwirtschaft. Staatliche Preisfestsetzung dagegen ist kontraproduktiv.

Der Staat hat viel Geld ausgegeben. Welche Folgen wird das haben?

Willi Rugen: Haushaltsdefizite sind in Krisensituationen unvermeidlich, wenn man die Wirtschaft stabilisieren und unterstützen will. Aber meine Befürchtung ist: Die Gesellschaft hat sich bereits daran gewöhnt. Es wird keine Rückführung der Defizite in dem Umfang geben, in dem sie eigentlich notwendig wäre oder den Regeln entsprechen würde – Stichwort Schuldenbremse. Vor zwei Monaten hat unser Verband gemeinsam mit der WirtschaftsWoche eine Umfrage durchgeführt, in der sich zwei Drittel unserer befragten Mitglieder dafür ausgesprochen haben, dass die Schuldenbremse dauerhaft Verfassungsrang behalten soll (also nicht angetastet werden darf) und auch mit Auslaufen der Ausnahmesituation bereits in 2022 wieder in Kraft gesetzt werden soll. Wenn ich mir ansehe, was in der Berliner Politik derzeit diskutiert wird, kann ich nicht erkennen, dass ein Wiedereinsetzen der Schuldenbremse bereits in 2022 Mehrheiten findet.

Roland Koch: Ich denke, die Schuldenbremse ist ein wichtiges Gut. Dank ihr waren wir überhaupt erst in der Lage, zur Krisenbewältigung neue Schulden in diesem Ausmaß zu schultern. Sie wird uns auch, vernünftig angewendet, wieder dazu führen, die europäische Staatsschuldenquote einzuhalten. Dennoch stößt sie auch auf Ablehnung. Einige makroökonomische Theorien, legen nahe, dass ein durchschnittlich höheres Verschuldungstempo volkswirtschaftlich sinnvoll sei. Aber ich teile diese Auffassung nicht. Ich habe keine Sorge, dass die Schuldenbremse aufgegeben wird. Es gibt schlicht keine realistische Perspektive, dass zwei Drittel des Bundestages und Bundesrates einer Aufhebung oder Außerkraftsetzung zustimmen.

Wir haben schon über Lieferketten gesprochen, die während der Corona-Krise unterbrochen wurden. Aber liegt das Problem nicht viel tiefer, in der Globalisierung?

Willi Rugen: Corona hat zweifelsohne zu Problemen in den Lieferketten geführt. Aber natürlich hat nicht nur Corona das Zeug dazu, Turbulenzen auszulösen. Unsere international arbeitsteilig organisierte Produktion und Wirtschaft hat unter dem Strich für Wachstum und mehr Wohlstand in vielen Regionen gesorgt – doch sie ist auf die Mobilität unserer Waren, auf fließende Güterströme angewiesen. Handelsbeschränkungen, politische Konflikte können sich ebenso auswirken, wie Corona. Und dann rächt sich, dass wir in Europa es bislang für unnötig gehalten haben, eine industriepolitische Agenda voranzutreiben und strategische Sektoren zu fördern. Dass wir heute über keine bedeutende eigene Halbleiterproduktion verfügen, ist eines der Ergebnisse. Doch ich erlebe, dass ein Umdenken stattfindet, wie man an den Überlegungen zu einer geförderten Batterieproduktion in Europa sieht. Übrigens haben Länder wie Taiwan, Korea und auch die USA schon immer strategische Industriepolitik betrieben.

Roland Koch: Ludwig Erhard hätte jede Form von Industriepolitik abgelehnt. Er traute dem Staat nicht zu, vorauszusehen, wo Geld gebraucht wird – im Gegensatz zur Fähigkeit des Marktes, Geld an die richtige Stelle zu bringen. Übrigens stehen Ressourcen manchmal schlicht deshalb nicht bereit, weil der Staat Unternehmen keinen Freiraum lässt. In Deutschland bürden wir jungen Investoren früh Steuern auf ihre Gewinne auf. Wir geben ihnen aber nur wenige Möglichkeiten, sich steuerlich von ihren Verlusten zu befreien. Würde man solche Hürden beseitigen, wäre die Frage der Industriepolitik weniger relevant. Denn klar ist doch: Sie darf nur Ultima Ratio sein. Etwa, wenn wir in einem nicht fairen Wettbewerb stehen. Wenn die Finanzierung chinesischer Unternehmen nicht von den gängigen Regeln einer Banken- oder Kapitalmarktfinanzierung abhängt, sondern vom Interesse des Zentralkomitees, muss ein Staat mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung dagegen vorgehen können. Das ist der schmale Pfad nötiger Industriepolitik.

Bleiben wir beim Beispiel: Europa braucht doch eine eigene Batteriefertigung oder Halbleiterfertigung auf technologisch führendem Niveau oder?

Roland Koch: Es mag sein, dass die Batterieproduktion ohne staatliche Förderung nicht nach Europa zurückkehren würde – deshalb ist jetzt eine Unterstützung geboten. Aber: Hätte es von Anfang an vernünftige Finanzierungsbedingungen gegeben, wäre die Fertigung möglicherweise nie abgewandert. Zu glauben, dass Ministerien wissen, wie die Industrie der Zukunft aussieht, ist ein Irrglaube. Die Umweltschutzgesetzgebung, die uns das Bundesverfassungsgericht abverlangt, ist es ebenso: Wir wissen schlicht nicht, was in den nächsten zehn Jahren erfunden wird. Industriepolitik, wie auch immer man sie gestaltet, sollte primär dem Schutz vor Übernahmen und, wo wirklich nötig, der Steuerung von Ex- und Import dienen.

Willi Rugen: In der Klimapolitik haben wir inzwischen ja immerhin marktwirtschaftliche Elemente wie die CO_2-Bepreisung. Das wirkt, als hätte die Politik den Ökonomen ins Lehrbuch geschaut, um praktikable Steuerungsinstrumente zu finden. Man darf guter Hoffnung sein, finde ich, dass der Ansatz Wirkung zeigen wird und zu den richtigen Ergebnissen führt.

Herr Koch, reicht Ihnen das oder möchten Sie mehr Marktwirtschaft in der Klimapolitik?

Roland Koch: Die Frage, wie viel marktwirtschaftliche Elemente wir in der Klimaschutzpolitik brauchen, scheint mir nicht abschließend beantwortet. Ich würde mir jedenfalls wünschen, dass marktwirtschaftliche Instrumente vorrangig genutzt werden. Der CO_2-Preis etwa ist seit Jahren zu niedrig. Die fehlende Bepreisung von CO_2 aus Verkehr und Gebäuden war schon immer falsch – auf diesen Gebieten fehlt die europäische Integration und es gibt kein geordnetes marktwirtschaftliches Signal. Ein geordnetes Signal wäre ein stärker ansteigender CO_2-Preis. Die Debatte, ob das Benzin dann 16 Cent teurer wird, ist unzulässig, denn selbstverständlich darf der Staat mit dem vielen Geld, das er durch die CO_2-Bepreisung einnimmt, sozialen Ausgleich betreiben. Meine Sorge ist aber, dass die Parteien sich aus Rücksicht auf einzelne Gruppen nicht zu diesem Signal durchringen.

Lassen Sie uns den Blick nochmals auf die globale Situation richten. Das Thema der internationalen Unternehmensbesteuerung steht im Raum …

Willi Rugen: Das Problem liegt im Trend zur Monopolisierung insbesondere der großen Technologieplattformen. In der Plattformökonomie herrscht das Recht des Stärkeren. Mehr als in anderen Bereichen setzt sich ein Anbieter durch und häuft eine unheimliche ökonomische Macht an. Hinzu kommt, dass es solchen Unternehmen leichter fällt als klassischen Industrien, Standorte zu wechseln, um sich nationaler Steuerpolitik zu entziehen. Offensichtlich hat man sich nun auf ein Konzept für die Mindestbesteuerung dieser globalen Unternehmen geeinigt und es sieht so aus, als könnten wir uns dem Ideal des Level Playing Fields weiter annähern. Das ist zu begrüßen – doch wer am Ende in Sachen Steueraufkommen die Gewinner und Verlierer sind, ist noch nicht ausgemacht.

Roland Koch: Meine Einschätzung ist eher, dass wir große Wirtschaftsblöcke haben werden und der Grad der Marktöffnung Verhandlungssache wird. Die Idee eines internationalen WTO-Regimes, unter dem jeder unter annähernd gleichen Bedingungen überall Geschäfte machen kann, widerspricht leider den nationalen Interessen vieler Staaten. Nichtsdestotrotz ist ein einheitlicher Mindeststeuersatz für globalisiert tätige Unternehmen richtig. Was die Tech-Giganten angeht, denke ich, es geht eher um Marktbeherrschung als um Besteuerung. Ja, Plattform-Ökonomien haben eine Tendenz zu „The winner takes it all". Sie können Skalierungseffekte zu nahezu Null-Kosten erreichen. Aber wichtig ist doch sicherzustellen, dass die Großen noch verlieren und die Kleinen noch gewinnen können. Daten dürfen nicht monopolisiert werden, ein Markteintritt muss für neue Player möglich sein. Die 10. GWB-Novelle, die in Deutschland gerade beschlossen wurde, enthält wichtige Ansätze dazu, ebenso der Digital Marketing Service Act, den die EU diskutiert. Man darf nicht vergessen: Die Tech-Unternehmen sind deshalb so groß, weil der amerikanische Markt riesig und homogen ist und Zugang zu allen Finanzinstrumenten bietet. Die EU ist zwar der reichste Wirtschaftsraum der Welt und verfügt über ein mindestens ebenso hohes Innovationspotenzial. Aber wir sind nicht in gleichem Maße in der Lage, es abzurufen.

Willi Rugen: Weil Europa immer noch aus 26 nationalen Märkten besteht. Der europäische Binnenmarkt ist nicht so homogen, wie er sein müsste, um Unternehmen ähnliche Voraussetzungen bieten zu können, wie in den USA. Selbst nach Jahrzehnten europäischer Integration haben wir nicht das Maß an Harmonisierung erreicht, das wünschenswert wäre, damit der gemeinsame, einheitliche Markt sich frei entfalten kann. Europäische Anbieter von Gütern und Dienstleistungen kommen so nicht in den Genuss, Skaleneffekte effektiv nutzen zu können und haben dadurch Wettbewerbsnachteile. Und das betrifft nicht nur die Technologiebranche, sondern auch die Finanzdienstleistungen und viele andere.

Lassen Sie uns abschließend kurz über das Thema Bildung sprechen. Der bdvb ist ein Akademikerverband und die wirtschaftliche Bildung eines seiner Hauptanliegen …

Willi Rugen: Ich könnte mir vorstellen, dass der bdvb hier auf einer Linie mit der Ludwig-Erhard-Stiftung liegt. Uns interessiert, was gelehrt wird, wie sich die Studiengänge weiterentwickeln und ob die Forschung uns hilft, Antworten auf die Fragen von morgen zu geben. Aber natürlich ist die ökonomische Breitenbildung für uns ebenso wichtig. Es ist unverzichtbar, dass Menschen in der Schule ein vernünftiges wirtschaftliches Urteilsvermögen erwerben, um später als Arbeitnehmer, Konsument, Steuerzahler, Sparer oder Anleger eigenständige Entscheidungen treffen zu können…

Roland Koch: Ich kann das nur bekräftigen. Wir müssen junge Menschen für das Leben in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung ertüchtigen. Wer heute die Schule verlässt, weiß oft nicht, was ein Lastschrifteinzug ist, geschweige denn, welche Chancen und Risiken mit dem Erwerb einer Aktie verbundenen sind. Ich gehöre nicht zu denen, die dafür ein Schulfach fordern. Aber ich glaube, dass unser Anspruch sein muss, eine geeignete Vermittlungsform zu finden. Ich habe mich als Vorsitzender der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung viel mit Schülerfirmen beschäftigt. Die halte ich für ein sehr gutes Mittel. So etwas müsste in viel größerem Maßstab zum Einsatz kommen. Als Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung habe ich das Thema ebenfalls priorisiert – wir planen für die Zukunft mehr Schülerwettbewerbe und werden uns unter anderem mit Fragen der Weiterbildung von Lehrkräften befassen.

Herr Koch, Herr Rugen, vielen Dank für dieses Gespräch!

Ökonomische Bildung im Au

Gute Neuigkeiten für die ökonomische Bildung: Die EU arbeitet an einem gemeinsamen Kompetenzrahmen für Finanzbildung und auch im Deutschen Bundestag ist man auf das Thema aufmerksam geworden. Wie stehen die Chancen, dass wirtschaftliche Grundkenntnisse jetzt auch in Deutschland Allgemeingut werden?

Der Umgang mit Geld will gelernt sein, und dabei geht es bei weitem nicht nur um die schwarze Null am Monatsende. Wer sein Geld auf dem Sparbuch liegenlässt, Einnahmen und Ausgaben nicht im Blick behält oder die Altersvorsorge vernachlässigt, zahlt über kurz oder lang einen hohen Preis. Dabei wird vielleicht gar nicht leichtsinnig gehandelt, sondern das Thema bloß aus Unkenntnis ignoriert. Woher soll das benötigte Wissen aber kommen?

Verschiedene Anlageformen zu verstehen, Chancen und Risiken abzuwägen, Geldwertstabilität und Währungsrisiken im Blick zu behalten – das alles fällt nicht vom Himmel. Ob Jugendliche an das Thema herangeführt werden, hängt in den meisten Fällen vom sozioökonomischen Hintergrund der Eltern ab. Denn in der Schule wird Finanzwissen nicht gelehrt – zumindest nicht in Deutschland.

Erstaunlich ist die Vielzahl von Projekten, Akteuren und Vereinen, die zum Teil schon seit Jahren alles Erdenkliche tun, um die klaffende Bildungslücke zumindest stellenweise zu überbrücken. Viele dieser Initiativen stammen aus dem Bereich der Schuldnerberatung, andere kommen aus dem Hochschulbereich oder sind als Finanzberater auf das Problem aufmerksam geworden. Nicht selten sind es auch die jungen Leute selbst, Studierende, Hochschulinitiativen, Absolventen oder Exis-

Mit „Axel" aus Nordrhein-Westfalen warb der bdvb bereits Ende 2016 in WirtschaftsWoche und Handelsblatt für seine Unterschriftenaktion. Kurze Zeit später stand das Schulfach Wirtschaft im Koalitionsvertrag.

fwärtstrend

tenzgründer, die die Vermittlung von Finanzwissen durch Seminare und Apps vorantreiben.

Auf dieses zivilgesellschaftliche Engagement sind viele in Deutschland zu Recht stolz. Auch der bdvb hat sich im März mit einer hochkarätigen Veranstaltungsreihe an der Global Money Week, einer Aufmerksamkeitskampagne der OECD, beteiligt (siehe Kasten). Das Problem: Mit solchen Veranstaltungen werden fast immer nur die erreicht, die sich ohnehin schon für Wirtschaft interessieren. Sollte der Staat nicht gewährleisten, dass alle jungen Menschen ein gewisses Startkapital an finanzieller Bildung erhalten?

Der bdvb fordert seit langem, dass entsprechende Schulfächer eingerichtet werden, und hat 2016 sogar versucht, mit einer Online-Petition für das „Schulfach Wirtschaft in allen Bundesländern" zu werben. Das 2019 vom bdvb initiierte Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland betont immer wieder, welche Chancen mit finanzieller Bildung verbunden sind: Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe, Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben, Chancen, die in einem modernen Land eigentlich nicht mehr vom Wohnort oder Elternhaus abhängig sein sollten.

Bis entsprechende Schulfächer Realität werden, gehen Jahre ins Land. Schlimm ist, wenn dabei neben bürokratischen Hürden auch noch politische Widerstände zu überwinden sind. Beispiel Nordrhein-Westfalen: Seit 2017 steht das Schulfach Wirtschaft im Koalitionsvertrag, in der Umsetzung ist daraus das Schulfach „Wirtschaft-Politik" geworden – eine moderate Weiterentwicklung des bisherigen Schulfachs „Politik-Wirtschaft" – und in der gymnasialen Oberstufe ist es sogar bei „Sozialwissenschaften" geblieben. Dennoch wurde von Lehramtsstudierenden eine Betroffenheitskampagne unter dem Hashtag #So-Wibleibt initiiert, es gab eine Unterschriftensammlung und kürzlich sogar eine Demonstration vor dem Düsseldorfer Landtag. Warum? Weil die Lehrerausbildung perspektivisch geändert werden soll, machte das Gerücht die Runde, bestehende SoWi-Lehrkräfte dürften das neue Schulfach Wirtschaft-Politik zukünftig nicht mehr unterrichten. Die Verunsicherung reichte aus, um eine Welle der Empörung auszulösen, die Oppositionsfraktionen nutzten die Stimmung für parteipolitische Zwecke, ökonomische Schulbildung wird unter Lobbyismus-Verdacht gestellt und die Behauptung geschürt, mehr Wirtschaftskenntnisse würden zulasten von politischer Bildung gehen, die ihrerseits viel dringender gestärkt werden müsse.

Viel zu tun also für das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland, das letztes Jahr im September als gemeinnütziger Verein gegründet wurde. Durch Podcast- und Rundfunkinterviews, eine Expertenanhörung im Düsseldorfer Landtag, politische Kontakte und den stetigen Zulauf neuer Mitglieder hat sich das „BÖB" binnen weniger Monate deutschlandweit einen Namen gemacht. Die geplante Unterstützung entsprechender Reformvorhaben ist aber vom politischen Gestaltungswillen abhängig – und der ist im deutschen Bildungswesen wenig ausgeprägt.

Ein folgenreicher Anstoß könnte schon bald von höherer Ebene kommen. So kündigte die EU-Finanzkommissarin Mairead McGuinness am 26. April 2021 an, dass im Rahmen der Europäischen Kapitalmarktunion ein einheitlicher Kompetenzrahmen für Finanzbildung entwickelt werden soll. Etwa gleichzeitig wurde „Finanzwissen" im Deutschen Bundestag zum Gegenstand einer Kleinen Anfrage und basierend darauf hat das Thema, obwohl traditionell dem Hoheitsbereich der Länder zuzuordnen, Eingang in einzelne Bundestagswahlprogramme gefunden.

Diese Signale weisen in die richtige Richtung. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass Finanzwissen nur ein Teilbereich der ökonomischen Bildung ist. Ein grundlegendes Verständnis von Entrepreneurship, Wirtschaftspolitik und Sozialer Marktwirtschaft, ebenso wie die Berufsorientierung und andere Aspekte der Verbraucherbildung sind mit finanzieller Bildung noch nicht abgedeckt. Die Forderung nach einem Schulfach Wirtschaft oder anderen geeigneten Fächern, die jedenfalls von ökonomisch und wirtschaftsdidaktisch geschulten Lehrkräften unterrichtet werden müssen, bleibt daher auch weiterhin genau das, was der Titel dieses Magazins verspricht: aktuell.«

Global Money Week: Mehr als 8.000 Teilnehmer erreicht

Mehr als 100 Länder haben sich an der #GMW2021 beteiligt, einer internationalen Aktionswoche für Finanzbildung, die vom 23. bis 28. März 2021 von der OECD ausgerufen wurde. Von den 23 Content-Partnern wurden in Deutschland insgesamt mehr als 8.000 Teilnehmer erreicht. Der bdvb war an der Koordination beteiligt und als Host einer zentralen Veranstaltungsreihe im Programm vertreten. Unsere Events im Videorückblick:

- **Eröffnung der Global Money Week Germany** mit Matthias Meyer-Schwarzenberger, BÖB/bdvb und Jakob Risse, funnymoney
- **Ein globales Festival der Finanzbildung** mit Karin Brandt, OECD Berlin Centre und Prof. Katrin Löhr, FH Dortmund
- **Finanzkompetenz in Deutschland und Europa** mit Verena von Hugo, BÖB und Prof. Alexander Zureck, FOM Hochschule
- **Bargeld, ein Hightech-Produkt! Vom Design zum Automaten** mit Fabian Scharf, Deutsche Bundesbank
- **Wieviel Geld gibt es eigentlich und wird es wirklich immer mehr?** mit Prof. Thomas Mayer, Flossbach von Storch Research Institute und Hartmut Jaensch, bdvb
- **Das Geld der Zukunft: Bitcon, Blockchain, Krypto & Co.** mit Jonas Groß, bdvb/Digital Euro Association/Frankfurt School Blockchain Center

Alle Videos finden Sie in der Playlist „Global Money Week Germany" unter: bdvb.de/youtube

Neugründung der Hochschulgruppe Frankfurt Rhein-Main

Vorstand der neuen Hochschulgruppe in Frankfurt: v.l. Karina Zaporojan (Projekte und Social Media), Julian Lacher (Finanzen), Monika Kajic (stv. Vorsitzender und Online-Marketing) und Daniel Merkel (Vorsitzender sowie Corporate Relations)

Im Frühjahr dieses Jahres hatten wir erfahren, dass der bdvb zu diesem Zeitpunkt mit keiner Hochschulgruppe in Frankfurt vertreten war – und von jetzt auf gleich waren wir Feuer und Flamme für dieses neue und vielversprechende Projekt. Eine so schöne Stadt wie Frankfurt ohne eine bdvb Hochschulgruppe? Das musste im Handumdrehen geändert werden. Kurz darauf starteten wir im März 2021 ganz klein zu dritt und bekamen in den darauffolgenden Monaten noch zwei weitere höchst engagierte Studierende mit ins Boot, die uns seither helfen, unsere Hochschulgruppe aufzubauen. So setzt sich unsere kleine, aber feine HG Frankfurt Rhein-Main aktuell aus fünf sehr motivierten Studentinnen und Studenten zusammen und wir arbeiten rund um die Uhr, um weitere Studierende mit unserem Tatendrang anzustecken.

Angefangen mit dem Ausbau unserer Social-Media-Präsenz haben wir uns auch an den Universitäten und Hochschulen in Frankfurt schon vorstellen können. Bis wir so richtig loslegen konnten, hatte das Sommersemester bereits angefangen, aber dieser Rückstand hat uns nur noch mehr angespornt, Vollgas zu geben. Es war auch super schön zu sehen, wie gut wir in den Verband integriert wurden! Die anderen Hochschulgruppen haben sich direkt mit uns zusammengeschlossen und uns jegliche Hilfe angeboten. So können wir jedes kleine Problem und jede Hürde, die sich uns auch in den Weg stellen mag, sofort lösen.

Und nicht nur das: Wir haben für unsere Internetpräsenz sehr viel Zustimmung von den anderen Hochschulgruppen erhalten und obwohl es uns erst seit drei Monaten gibt, gelten wir schon als etablierte Initiative, nach der sich die einen oder anderen auch schon richten. Neben den Vorteilen, die man auch so schon beim bdvb genießen kann, zeigt uns die Gründung der neuen Hochschulgruppe voll allem eines: Wir wachsen durch dieses Projekt auch an unseren zwischenmenschlichen Softskills. Egal, ob es die Kommunikation innerhalb der Hochschulgruppe oder die mit den Unternehmen betrifft, wir lernen immer wieder wertvoll dazu. Eine bessere Vorbereitung auf das spätere Berufsleben gibt es unserer Meinung nach nicht.

Es gibt sehr viel zu tun und im Juli stehen bei uns auch schon einige Intensiv-Tage vor der Tür, an denen wir uns gemeinsam den Vorbereitungen für das Wintersemester widmen. Die, die uns schon kennengelernt haben, wissen: Wir legen noch eine Schippe drauf und geben im neuen Semester nochmal 110% mehr!

(Monika Kajic, stellv. Vorsitzende & Online-Marketing Vorstand) «

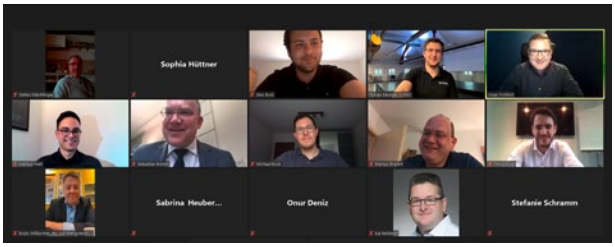
bdvb goes Leipzig!

Ende April war es endlich soweit. Mit einem 7-köpfigem Team gründeten wir die Hochschulgruppe Leipzig. Monatelang hatten wir gebannt darauf gewartet, dass der Stura der Universität Leipzig endlich das Go gibt. Und nun, mit der frischen Gründung in der Tasche, freuen wir uns auf eine aufregende Zeit und spannende Projekte.

Voller Elan wollen wir die HG Leipzig zu einer festen Institution sowohl im bdvb als auch in Leipzig selbst machen. Bereits am ersten Infoabend konnten wir begeistern und weitere Mitglieder gewinnen. Die Kick-Off Veranstaltung ist geplant und der erste Firmenvortrag steht bereits vor der Tür. Aus der Kontaktaufnahme mit dem Regionalverband ergab sich ein gelungener Austausch, der viele weitere Projekte erwarten lässt. Wir freuen uns auf den gemeinsamen Austausch mit anderen Hochschulgruppen und hoffen auf eine tolle Zeit hier in Leipzig!

Hochschulgruppe Nürnberg

Das erfolgreiche Organisieren und Durchführen von spannenden und bereichernden Online-Veranstaltungen wird auch im zweiten „Corona-Jahr" nicht unbedingt leichter. Umso größer war die Freude über das Talk-Event, welches die HG Nürnberg gemeinsam mit der Jungen Union Nürnberg-Ost im Mai auf die Beine stellen konnte. Im Fokus stand das Thema „Gründen in Deutschland". Tobias Bäumler, CoFounder des Nürnberger AI StartUps „Vitas", repräsentierte die Praxis der modernen Unternehmensgründung. Er gab authentische Einblicke in die Höhen und Tiefen einer erfolgreichen Gründergeschichte und in die Funktionsweise von – auf künstlicher Intelligenz basierenden – Sprachassistenten für alle denkbaren Einsatzbereiche. Sein Diskussionspartner war Sebastian Brehm (CSU), der seit 2017 Mitglied des deutschen Bundestages ist. Spannende Themen wie „Ist Deutschland heute und in Zukunft ein guter Standort für Unternehmer und Selbstständige?", „Wo wünschen sich deutsche Gründer und Gründerinnen Hilfe oder Entlastung von politischer Seite?" und „Ist die deutsche Wirtschaft wohlstandsverwahrlost?" wurden heiß diskutiert. Nach guten zwei Stunden und einer Menge wissenswerter Fakten endete der Online-Abend. Sehr gefreut hat die HG die Anwesenheit der Herren Wißkirchen, Englert und Mächtlinger vom Regionalverband Nürnberg/Nordbayern. Wir begrüßen sie und weitere Mitglieder beim nächsten Event gerne wieder.



Die HG Nürnberg bedankt sich ganz herzlich bei den beiden großartigen Gastrednern und bei der JU Nürnberg-Ost, für die zuverlässige und freundschaftliche Zusammenarbeit. Wir freuen uns auf weitere Kooperationen in der Zukunft.

Gründung neuer Hochschulgruppen

Wir freuen uns sehr über das große Engagement unseres Bundesvorstands für Hochschulgruppen und der vielen neuen Ehrenamtler. Dank ihrer Unterstützung konnten in den letzten Monaten weitere Hochschulgruppen reaktiviert oder neu gegründet werden. Dazu gehört Frankfurt Rhein-Main (siehe Seite 10). Ganz frisch kehrt auch in Bochum neues Leben ein. In Leipzig nutzt Elisa Baldeweg ihr Masterstudium auch direkt dazu, ihre Kommilitonen zu motiveren, eine Hochschulgruppe aufzubauen. Auch Köln hat nach langem Ringen endlich wieder eine aktive Hochschulgruppe und in St. Gallen gibt es ebenfalls Bestrebungen eine neue Gruppe zu gründen. Wir wünschen allen viel Spaß und gutes Gelingen.

ULA wählt neuen Vorstand

Am 19. Mai 2021 wählte die ULA im Rahmen einer digitalen Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand. Neuer Präsident ist Telekom-Manager Roland Angst, stv. Vorsitzender von „syntra – Das Managementnetzwerk der Deutschen Telekom". Die bereits im bisherigen Vorstand vertretene Vizepräsidentin und 1. VFF-Vorsitzende Susanne Schebel (Daimler AG) sowie Schatzmeister und VDL-Präsident Markus Ebel-Waldmann wurden in ihren Ämtern bestätigt. Als Vizepräsidentin der ULA neu in den Vorstand gewählt wurde die 1. VAA-Vorsitzende Dr. Birgit Schwab (Wacker Chemie AG).
Angst dankte seinem Vorgänger Dr. Roland Leroux von der Schott AG, der den Verband sieben Jahre führte, ebenso für dessen erfolgreiche Arbeit, wie Dr. Thomas Sauer von der Evonik Industries AG, der nicht erneut kandidierte.
Wir, der bdvb, sind seit vielen Jahren Mitglied der ULA, dem politischen Sprachrohr aller Führungskräfte in Deutschland. Wir gratulieren dem neuen Vorstand ganz herzlich und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit.

1999

Mit vereinten Kräften ins neue Jahrtausend: Dank einer engen Medienpartnerschaft erhalten ab der Ausgabe Nr. 52 des Jahres 1999 alle bdvb-Mitglieder im Rahmen ihrer Mitgliedschaft kostenlos die WirtschaftsWoche.

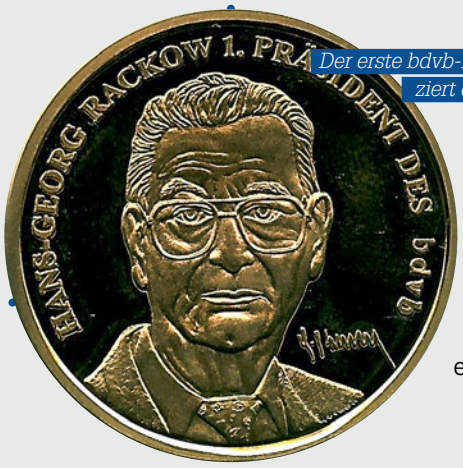
2015

Mit Leitlinien zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, einer Online-Petition für das Schulfach Wirtschaft, Wahlprüfsteinen zur Bundestagswahl 2017 und der Gründung des gemeinnützigen Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB) am 30. September 2020 unterstreicht der bdvb seinen Anspruch, verantwortungsbewusst an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken.

Die Gründungsversammlung des BÖB – virtuell zu Gast beim Gründungsmitglied bdvb

1990

Am 10. November 1990 beschließt die Mitgliederversammlung die Öffnung für Studierende und Absolventen der Fachhochschulen. Die Mitglieder des Verbandes Deutscher Betriebswirte schließen sich dem bdvb an.



Der erste bdvb-Präsident Hans-Georg Rackow ziert die Rackow-Medaille des bdvb

1950

Der RDV vereinigt sich mit dem weniger bekannten Volkswirte-Verband zum „Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte, der damals noch die Abkürzung „BDV“ verwendete. Mit dem Zusammenschluss von VDDK und BDV entsteht am 17. April 1971 der heutige bdvb.

Der Verbandsgründer und BWL-Pionier Prof. Eugen Schmalenbach

1905

Seit 1903 veranstaltet der Verein akademischer Kaufleute in Berlin Vortrags- und Clubabende. Am 23. Juli 1905 gründet Eugen Schmalenbach den Verband der Inhaber Deutscher Handels-Hochschuldiplome, der ab 1913 als Verband Deutscher Diplom-Kaufleute (VDDK) firmiert.

1901

Die Gründung: Am 15. Dezember 1901 gründen Volkswirte in Berlin den Deutschen Volkswirtschaftlichen Verband, der 1920 in „Reichsverband der Deutschen Volkswirte“ (RDV) umbenannt wird.

26.11.2021, 12:00 bis 18:00 Uhr

Jubiläumskongress 120 Jahre bdvb „Bessere Bildung, bessere Wirtschaft“

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main, Börsenplatz 4, 60313 Frankfurt

Grund zum Feiern: Der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte wird 120 Jahre jung! Für Ökonomen ist das ein Grund, nach vorne zu schauen: Brauchen die **Wirtschaftswissenschaften** ein Update? Braucht Deutschland **mehr ökonomische Bildung**? Wie gelingt die **Transformation zur Kreislaufökonomie**? Und was verbirgt sich hinter Stichworten wie **Sustainable Investment**: intelligente Incentivierung oder pure Planwirtschaft?

Über diese Fragen diskutieren wir mit Vertretern unserer Veranstaltungspartner **IHK Frankfurt am Main** und **Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft**, vor allem aber mit **hochrangigen Gästen** und natürlich mit Ihnen, Euch, uns allen – den Mitgliedern in Deutschlands führendem interdisziplinären Ökonomenverband, dem bdvb.

Merken Sie sich den Termin jetzt vor. Am darauffolgenden Samstag findet in den Räumlichkeiten der Frankfurt School of Finance & Management die bdvb Bundesmitgliederversammlung 2021 statt (s. S. 14)

Themenblock 1 „Bessere Bildung“ u.a. mit

- **Prof. Dr. Stefan Asenkerschbaumer**, Präsident Schmalenbach-Gesellschaft und Stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung Robert Bosch GmbH
- **Prof. Dr. Philipp Rauschnabel**, UniBw München und Vorstandsvorsitzender des Forschungsinstituts des bdvb
- **Sven Schumann**, Senior Vice President der Gruppe Deutsche Börse und Co-Vorsitzender Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland
- **Prof. Dr. Burkard Schwenker**, ehem. Geschäftsführer Roland Berger und Professor an der Handelshochschule Leipzig

Weitere Referenten sind angefragt.

Themenblock 2 „Bessere Wirtschaft“ u.a. mit

- **Beat Balzli**, Chefredakteur WirtschaftsWoche
- **Ulrich Caspar**, Präsident IHK Frankfurt am Main
- **Peter Kurth**, Geschäftsführender Präsident Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft
- **Prof. Dr. Nils Stieglitz**, Präsident & Geschäftsführer Frankfurt School of Finance & Management

Weitere Referenten sind angefragt.

Im Anschluss lädt die Stadt Frankfurt am Main zum Jubiläumsempfang ein.

Veranstalter: bdvb, IHK Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main

Medienpartner: WirtschaftsWoche

Weitere Informationen finden Sie unter www.bdvb.de/kongress

Kalvin Pomplitz,
M.Sc., Darmstadt

Schon 2018 einigten sich CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag darauf, „den Missbrauch bei den Befristungen“ abzuschaffen. Passiert ist seitdem nicht viel, doch das Thema nimmt vor dem Hintergrund der bevorstehenden Wahlen an Fahrt auf.

Als ich diesbezüglich von den jüngsten Entwicklungen hörte, kam mir dabei als Erstes in den Sinn, dass sachgrundlose Befristungen wichtig sind, um den Unternehmen „Beinfreiheit“ zu bieten. Wer sich nun jedoch die Mühe macht und den § 14 TzBfG genauer untersucht, stellt fest, dass hier bereits jede Menge Befristungsgründe genannt werden. Aufmerksamen Lesern wird darüber hinaus auffallen, dass dieser Katalog nicht abgeschlossen ist. Der Gesetzgeber stellt in § 14 Abs. 1 Satz 2 TzBfG fest: „Ein sachlicher Grund liegt insbesondere vor, wenn […]“. Das TzBfG lässt somit Raum für die Kreativität der Unternehmen.

Aber wen betreffen diese sachgrundlosen Befristungen eigentlich? Der Gedanke liegt nahe, dass es sich hierbei hauptsächlich um schlecht ausgebildete Hilfskräfte handelt. Eine Untersuchung des IAB-Betriebspanels (1996 - 2018) durch den Deutschen Gewerkschaftsbund ergab jedoch, dass mehr als 50 % aller Expertenstellen in Deutschland befristet vergeben werden. Während im selben Zeitraum die Anzahl der befristeten Stellen mit Sachgrund stabil blieb, hat sich der Anteil der sachgrundlosen Befristungen allerdings beinahe vervierfacht. Heute betreffen sie längst nicht mehr nur ungelernte Hilfskräfte. Auch Akademiker aller Fachrichtungen sind von sachgrundlosen Befristungen betroffen. Doch wie kann es sein, dass in Zeiten des Fachkräftemangels gut ausgebildete Akademiker und Fachkräfte sachgrundlos befristet werden?

Ob die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen all unsere Probleme löst? Vermutlich nicht. Doch sie verhilft zahllosen Menschen unabhängig vom Bildungsgrad zu mehr Lebensqualität. Gerade Jungakademikern, die ihren Bachelor- oder Masterabschluss in der Tasche haben, sollte diese Entscheidung der Regierungsparteien zugutekommen. Ganz zu schweigen von den zahllosen prekär Beschäftigten, die gemeinsam mit ihren Kindern mental unter dem Zustand der dauerhaften Unsicherheit leiden. Dass es nun zu einem Zerfall unserer Wirtschaft kommt, ist übrigens nicht anzunehmen, denn das TzBfG bietet auch zukünftig genug Möglichkeiten, um ein Arbeitsverhältnis zu befristen.. «

AUTOREN-HINWEIS
In jeder Publikation ist die letzte Seite eine ganz besondere Seite. Im bdvb aktuell wird diese unseren Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Sie möchten für die nächste oder eine darauffolgende Ausgabe einen Artikel veröffentlichen? Bitte senden Sie Ihr Thema und Ihre Rufnummer an birgit.schoerke@bdvb.de.

Ankündigung der Bundesmitgliederversammlung 2021

Im Namen des Präsidiums darf ich Sie herzlich zur kommenden Mitgliederversammlung des Bundesverbands Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. einladen. Diese findet am **Samstag, 27. November 2021 in der Frankfurt School of Finance & Management**, Adickesallee 32 - 34, 60322 Frankfurt/Main, statt. Die Sitzung beginnt um 10:00 Uhr und endet gegen 16:00 Uhr. Sollte die Durchführung der Mitgliederversammlung in Präsenz aufgrund von behördlichen Anordnungen nicht möglich oder unzumutbar erscheinen, so kündigen wir hiermit auch gleichzeitig die alternative Durchführung der Bundesmitgliederversammlung in digitaler Form zum selben Termin an.

Die Tagesordnung wird in der nächsten Ausgabe „bdvb aktuell“ Nr. 154 abgedruckt. Dabei ist zu beachten, dass Anträge an die Mitgliederversammlung sowie Satzungsänderungsanträge gemäß §32 BGB nur nach vorheriger Ankündigung vorgenommen werden können. Um eine rechtzeitige Bekanntmachung zu gewährleisten, reichen Sie alle Anträge bitte bis spätestens 1. September 2021 schriftlich in der Geschäftsstelle ein. Anträge an die Mitgliederversammlung, die nicht auf der Tagesordnung stehen, können nicht berücksichtigt werden.

Wenn Sie bereits verbindlich wissen, dass Sie nicht persönlich an der Mitgliederversammlung teilnehmen können, besteht die Möglichkeit zur Übertragung Ihrer Stimme an ein anderes Mitglied Ihres Regionalverbandes bzw. Ihrer Hochschulgruppe. Für die Online-Stimmrechtsübertragung werden jedem Mitglied in Kürze persönliche Zugangsdaten per E-Mail zugestellt. Bitte überprüfen Sie Ihren Spam-Ordner, wenn Sie bis Ende Juli keine E-Mail unter dem Betreff „Bundesmitgliederversammlung 2021“ erhalten haben. Alternativ steht ein herkömmliches Formular zur Verfügung, das im Mitgliederbereich der Homepage heruntergeladen oder bei der Geschäftsstelle bezogen werden kann.

Wir freuen uns auf das hoffentlich persönliche Wiedersehen.

Willi Rugen, Präsident

Ein Ziel haben,
statt nur zu gehen.
Ein aktiver Lebensstil lohnt sich jetzt doppelt:
mit attraktiven Vorteilen in der TK-App.
Wir wissen weiter. Die Techniker
Die Techniker
dietechniker.de

Wenn Sie Ihr Unternehmen auf Kurs bringen wollen, ist Orientierung ein guter Anfang.

Exklusive Insights und geballtes Wirtschaftswissen für
Ihr Team und Unternehmen – mit der gesamten Informationswelt
des Handelsblatts: gedruckt, digital und live.

Jetzt informieren:
digitalbusiness.handelsblatt.com

Oder nehmen Sie direkt Kontakt
zu uns auf: 0211 887-3601